



Rumänien vor den Wahlen

Politische Krise offenbart
grundlegende Demokratietprobleme

MATTHIAS JOBELIUS

November 2012

- 2012 wird als ein Krisenjahr in die jüngere Geschichte Rumäniens eingehen: Proteste gegen Austeritätsmaßnahmen, Misstrauensvoten, drei Regierungswechsel, ein gescheitertes Amtsenthebungsverfahren gegen den Präsidenten und ein harter innenpolitischer Machtkampf haben Rumänien europaweit in die Schlagzeilen gebracht.
- Es ist nicht auszuschließen, dass sich die Ereignisse in ähnlicher Weise wiederholen werden. Präsident Basescu hat bereits angekündigt, Victor Ponta nicht zum Premierminister zu ernennen, selbst wenn die Regierungskoalition bei den Wahlen am 9. Dezember eine Mehrheit bekommt. Dann würde eine Verfassungskrise drohen, ein weiteres Amtsenthebungsverfahren gegen den Präsidenten wäre möglich.
- Anders als viele Kommentare nahe legen, markiert das Vorgehen der Regierung im Jahr 2012 keine Abkehr von der bisher in Rumänien geltenden politischen Praxis. Es kann im Gegenteil als Fortschreibung einer beklagenswerten politischen Realität gelten. Die Ereignisse sind Ausdruck von Defiziten in der demokratischen Kultur des Landes, die über Jahre gewachsen sind. Diese Defizite gründen auf einem programmatisch schwachen Parteiensystem, einer kraftlosen Zivilgesellschaft sowie auf klientelistischen Netzwerken in Parteien, Justiz, Verwaltung und Politik.
- Um Korruption und Klientelismus wirksam zu bekämpfen, braucht Rumänien eine schlagkräftige und unabhängige Justiz, einer Verbesserung der sozialen Lage, eine aktive Zivilgesellschaft, eine transparente Parteienfinanzierung und investigativ arbeitende Medien. Auf dem langen Weg dahin wird es auch in Zukunft Stillstände und Rückschritte geben.

1. Ein rumänisches Krisenjahr

Das Jahr 2012 wird als ein Krisenjahr in die jüngere Transformationsgeschichte Rumäniens eingehen. Es begann mit landesweiten Protesten gegen Sparmaßnahmen und wird im Dezember enden mit der Bildung der dritten neuen Regierung innerhalb eines Jahres. Dazwischen liegen Misstrauensvoten, mehrfache Regierungswechsel, Kommunalwahlen, Parlamentswahlen, ein Amtsenthebungsverfahren gegen den Präsidenten sowie ein innenpolitischer Machtkampf, der Rumänien europaweit in die Schlagzeilen brachte.

Der Reihe nach: Zu Beginn des Jahres gingen in ganz Rumänien Bürgerinnen und Bürger gegen die Politik des konservativen Premierministers Emil Boc und des ebenfalls konservativen Präsidenten Traian Basescu auf die Straße.¹ Die Proteste richteten sich gegen Pläne für eine Gesundheitsreform sowie gegen ein Austeritätsprogramm, das Basescu dem Land in den Jahren 2010 und 2011 verordnet hatte. Die Gehälter der öffentlichen Angestellten waren um 25 Prozent gekürzt worden, die Sozialleistungen pauschal um 15 Prozent. Die Mehrwertsteuer stieg um fünf Punkte auf 24 Prozent. Das System der Sozialleistungen wurde neu strukturiert, die Zahl der sozialpolitischen Programme reduziert und die Sozialhilfe restriktiver gehandhabt. Neue Gesetze schränkten zudem die Gewerkschafts- und andere Arbeitnehmerrechte ein.²

Regierungswechsel nach Misstrauensvotum

Vor dem Hintergrund einer ohnehin angespannten sozialen Lage lösten die Maßnahmen eine Protestbewegung aus, wie sie Rumänien viele Jahre nicht gesehen hatte. Mit Beginn der landesweiten Demonstrationen erreichte das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in Staatspräsident Traian Basescu und die Regierung Mitte Januar einen Tiefpunkt. Als Reaktion traten am 6. Februar Premierminister Emil Boc und viele seiner Minister zurück. Doch auch das brachte der konservativen Regierungspartei PDL keine Trendwende. Schnell wurde klar, dass Präsident Basescu und die Führung der PDL an ihrer Austeritätspolitik festhalten und lediglich ein paar

Köpfe austauschen würden. Die Nervosität und Verunsicherung im Regierungslager wuchs. In den folgenden Wochen liefen immer mehr PDL Mandatsträger, darunter mehrere Abgeordnete und Senatoren, zur Opposition über. Durch die Überläufer bekam die oppositionelle Mehrparteien-Allianz USL – bestehend aus Sozialdemokraten (PSD), Nationalliberalen (PNL) und einer kleinen konservativen Partei (PC) – plötzlich und zu ihrer eigenen Überraschung eine Mehrheit im Parlament. Sie nutzte die Mehrheit, um die Regierung am 27. April durch ein Misstrauensvotum zu Fall zu bringen. So währte die Amtszeit von Mihai Razvan Ungureanu, dem Nachfolger von Emil Boc als Premierminister, nur drei Monate.

Neuer Premierminister wurde der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Rumäniens (PSD), Victor Ponta. Nach dem Regierungswechsel kündigte er eine Aufwertung des Parlaments und einen transparenten Regierungsstil an. Oberste Priorität der Regierungskoalition sei die »Rückkehr zur demokratischen Normalität«, so Ponta.

Amtsenthebungsverfahren gegen den Präsidenten

Es kam anders. Kurz nachdem sie die Regierungsgeschäfte übernommen und bei den Kommunalwahlen im Mai 2012 einen deutlichen Sieg errungen hatte, versuchte die Regierungskoalition USL den konservativen Präsidenten Traian Basescu des Amtes zu entheben. Dazu wurden innerhalb weniger Tage Eilverordnungen erlassen, die Kompetenz des Verfassungsgerichts beschränkt³ und wichtige Gesetze, darunter auch das Verfahren zur Amtsenthebung, geändert. Zentrale staatliche und politische Positionen, wie die des Ombudsmann⁴ sowie der Präsidenten der Abgeordnetenversammlung und des Senats, wurden neu besetzt.

3. Per Eilverordnung entschied die Regierung, dass das Verfassungsgericht künftig nur noch die parlamentarische Geschäftsordnung, nicht mehr jedoch parlamentarische Beschlüsse zu politischen Verfahren auf Verfassungsmäßigkeit überprüfen darf. Dadurch verlor das Verfassungsgericht auch das Recht, bei einem Amtsenthebungsverfahren gegen den Präsidenten ein Veto einzulegen. Mit dieser Verordnung wurde eine bis 2010 geltende Rechtslage wiederhergestellt. Am 19. September (nach dem Referendum zur Absetzung des Präsidenten) erklärt das Verfassungsgericht die Verordnung für verfassungswidrig.

4. Der rumänische Ombudsmann kann bei Gesetzen, die im Eilverfahren beschlossen werden und die Institutionen mit Verfassungsrang in ihrer Tätigkeiten beschränken, das Verfassungsgericht einschalten.

1. Siehe dazu ausführlich Moser, Stefanie M. (2012)

2. Siehe ausführlich zum Austeritätsprogramm: Stoiciu (2012)

Es folgte ein Aufschrei der Empörung im In- und Ausland. Europas Konservative sprachen von einem »Staatsstreich«, die Regierung wurde mit »Putschisten« gleichgesetzt. Der vor einigen Jahren von Staatspräsident Basescu nominierte Verfassungsgerichtspräsident schrieb zweimal an die Venedig-Kommission des Europarates und klagte über Drohungen, Einschüchterungen und Kompetenzbeschneidungen. Auch die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE) zeigte sich befremdet über das Vorgehen ihrer Schwesterpartei und sagte ihren in Bukarest geplanten Kongress ab.

Ungewöhnlich deutlich reagierte die EU-Kommission. Ihr zur Folge ließen einige Maßnahmen »ernsthafte Zweifel am Engagement für die Wahrung der Rechtsstaatlichkeit oder am generellen Verständnis der Bedeutung der Rechtsstaatlichkeit in einem pluralistischen demokratischen System aufkommen« (Europäische Kommission 2012a:3). Zudem übergab Kommissionspräsident Barroso Premierminister Ponta eine Liste mit elf Forderungen der EU-Kommission zur sofortigen Umsetzung. Unter anderem verlangte die Kommission, das vom rumänischen Verfassungsgericht eingeforderte Quorum für das Referendum zur Absetzung des Präsidenten zu respektieren. Gemäß diesem Quorum müssen sich mindestens 50 Prozent der in den Wählerlisten als wahlberechtigt eingetragenen Bürger an einem Referendum zur Amtsenthebung des Staatsoberhauptes beteiligen. Ponta sicherte die Erfüllung der Forderungen schriftlich zu. Das Eingreifen der EU-Kommission beeinflusste den weiteren Verlauf der politischen Auseinandersetzung in Rumänien erheblich. Zugleich stieß es aber auch bei unabhängigen Beobachtern auf Kritik. Form und Inhalt der EU-Interventionen wurden von einigen Kommentatoren im In- und Ausland als parteiisch, undiplomatisch oder oberlehrhaft empfunden.

Ungeachtet des internationalen Protests wurde Basescu am 6. Juli 2012 vom Parlament suspendiert. Die Suspendierung musste innerhalb von 30 Tagen durch ein Referendum bestätigt werden. Das Referendum fand am 29. Juli statt und scheiterte, da nur 46,24 Prozent statt der erforderlichen 50 Prozent der Wahlberechtigten teilnahmen. Am 21. August erklärte das Verfassungsgericht das Referendum schließlich für gescheitert. Der Präsident kehrte ins Amt zurück. Regierungsvertreter bezeichneten den Präsidenten als illegitim und verwiesen auf die sieben Millionen Rumänen, die für seine Abset-

zung gestimmt hatten. In der Tat hatten fast 90 Prozent der an die Urnen gegangenen Rumänen für die Amtsenthebung Basescus votiert.

So ließ die Auseinandersetzung um den Präsidenten nur Verlierer zurück. Durch das Referendum wurde erneut deutlich, wie wenig Vertrauen der Präsident noch in der Bevölkerung genießt. Dadurch hat er an Legitimität eingebüßt. Die Regierungsparteien und ihre Vorsitzenden haben indes all ihr politisches Kapital in die Absetzung des Präsidenten investiert – und verloren.

Parlamentswahlen am 9. Dezember

Geschwächt, verfeindet und europaweit in der Kritik – so gingen die Parteien im Herbst in den Wahlkampf. Gegen die Regierungskoalition USL tritt das im September von drei konservativen Parteien gegründete Wahlbündnis »Allianz (Ge)Rechtes Rumänien« (ARD) an. Gewählt wird am 9. Dezember. Danach wird Rumänien die dritte neue Regierung innerhalb eines Jahres bekommen. Laut Umfragen kann die Regierungskoalition mit einem Sieg rechnen. Das konservative Lager ist auf Grund der Sparmaßnahmen nach wie vor unpopulär. Inhaltliche Positionen spielten bislang im Wahlkampf jedoch keine Rolle. Beide Wahlallianzen, USL und ARD, veröffentlichten erst vier Wochen vor dem Wahltermin ein Programm. Beide Dokumente lesen sich als Wunschlisten, unverbindlich und unkonkret.

Besonders die nationalliberale PNL unter Führung von Crin Antonescu, der als Nachfolger von Basescu ausserkoren war und im Sommer kurzzeitig als Interims-Präsident agierte, setzt im Wahlkampf auf rechtspopulistische und anti-europäische Stimmungsmache. Weit verbreitet und beliebt sind bizarre Verschwörungstheorien, denen zur Folge wahlweise ausländische Kräfte, parteiische Botschafter, inländische Geheimdienste, angeblich bestochene Journalisten, geheime Geldtransfers nach Brüssel oder die Nation im Ausland verratende Politiker für die politische Krise verantwortlich sind.

Krise als Ausdruck von Demokratiedefiziten

Verleumdung der Nation, Verrat, Einmischung von außen, Geheimdienste, versteckte Geldzahlungen - solche

Argumentationsmuster sind Ausdruck einer defekten politischen Kultur. Sie zeigen, dass es zu kurz greifen würde, die Krise des Jahres 2012 mit tagespolitischen Auseinandersetzungen oder dem Handeln von Einzelpersonen zu erklären. Im Gegenteil: Die Verhaltensweisen, die 2012 europaweit für Kritik sorgten, sind allesamt bereits aus der Vergangenheit bekannt. In diesem Jahr warf man der USL-Regierung mangelnden Respekt gegenüber Verfassungsinstitutionen und demokratischen Verfahren vor. Eine inhaltsgleiche Kritik wurde in den Vorjahren stets an Basescu und die Vorgängerregierungen gerichtet. So stellte beispielsweise die Politikwissenschaftlerin Gabanyi bereits vor vier Jahren zu Basescu fest: »Die in der Verfassung vorgesehene Gewaltentrennung hat der 2004 gewählte Präsident in der politischen Praxis permanent missachtet. Parlament und Parteien wurden in den Augen der Wähler diskreditiert, die Justiz politisiert und die Regierung, die der Präsident als Institutionen von seinen Gnaden ansieht, dazu verpflichtet, seine politischen Zielsetzungen zu verwirklichen (...). In der Praxis usurpiert der Präsident Machtbefugnisse und Kompetenzen des Premierministers, des Außenministers, des Parlaments, der Gerichte. Stattdessen setzt er auf die Staatsanwaltschaft und die Geheimdienste, mit deren Unterstützung der Lustrationsprozess zum eigenen politischen Nutzen manipuliert und gesteuert wird.« (Gabanyi 2008). Auch das 2012 viel kritisierte Regieren per Eilverordnungen hat eine lange Tradition. In den vergangenen Jahren fiel die Zahl solcher Verordnungen auch unter der konservativen Vorgängerregierung von Emil Boc nie unter die Zahl von einhundert.

Hier wird deutlich, dass die Ereignisse von 2012 keinen »Bruch« mit der Vergangenheit, sondern im Gegenteil, die Fortschreibung der kritikwürdigen politischen Wirklichkeit sind. Die Krise ist Ausdruck der demokratischen Defizite im Land. Diese sind nur zu verstehen, wenn der Blick auf die längerfristigen Transformationsprobleme des Landes gerichtet wird.

2. Rumäniens anhaltende Transformation

Bei einem solchen Blick muss festgestellt werden: Rumänien ist auch über zwei Jahrzehnte nach dem Sturz des kommunistischen Diktators Nicolae Ceausescu ein Land im Übergang. Die politischen Entwicklungen sind von Stillständen und Rückschritten geprägt, die politische

Kultur des Landes ist keineswegs die einer gefestigten Demokratie. Daran ändert auch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union nichts.

Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus hatte Rumänien von allen mittel- und südosteuropäischen Ländern die vielleicht schwierigste Erbschaft anzutreten. Die rumänischen Kommunisten hatten, im Gegensatz zu vielen Nachbarländern, in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts niemals nennenswerte Unterstützung in der Bevölkerung gefunden. Dessen ungeachtet begann nach dem Sturz des rumänischen Faschisten Ion Antonescu 1944 mit Hilfe der Sowjetunion der Aufbau einer kommunistischen Diktatur. Diese blieb unter Führung von Nicolae Ceausescu bis 1989 erhalten, mit einem stalinistischen Personenkult, einem staatlichen Terrorsystem durch den Geheimdienst Securitate, einer kruden nationalistischen Autarkiepolitik, zugleich ohne nennenswerte reformorientierte Kräfte in der Regierung und ohne eine organisierte Opposition, die bei der Wende 1989/90 für einen Elitenwechsel hätte bereitstehen können.

Heute, über zwanzig Jahre nach dem Wechsel, finden sich in Rumänien alle typischen Eigenschaften postkommunistischer politischer Systeme⁵, insbesondere: ein programmatisch schwaches Parteiensystem; klientelistische und kriminelle Netzwerke in Parteien, Justiz, Verwaltung und Politik; die Dominanz von Einzelinteressen in politischen Entscheidungsverfahren; eine ineffiziente öffentliche Verwaltung und eine schwache Zivilgesellschaft. Die Struktur der Wirtschaft gleicht der eines Schwellenlandes: einem großen, vormodernen, unproduktiven und auf Subsistenzwirtschaft ausgerichteten Agrarsektor stehen strategische Dienstleistungs- oder Industriesektoren gegenüber (Öl, Gas, Telekommunikation, Banken), die entweder von noch nicht privatisierten Staatsunternehmen oder von transnationalen Konzernen dominiert werden. Hinzu kommen eine abwandernde Mittelschicht, ein großer informeller Sektor, und eine miserable Infrastruktur, mit der es noch nicht einmal gelingt, alle Haushalte des Landes mit Strom zu versorgen.

5. Für eine detaillierte Beschreibung postkommunistischer Gesellschaften siehe Ehrke (2005)

Klientelismus und Korruption

Als besonders schwierig gestaltet sich in Rumänien der Kampf gegen die weit verbreitete Korruption⁶ im politischen System des Landes. Ihn zu gewinnen ist Voraussetzung für die Entfaltung einer Demokratie, die nicht nur formal-institutionell besteht, sondern von den politischen und gesellschaftlichen Akteuren gelebt und verteidigt wird. Zur strafrechtlichen Bekämpfung der Korruption wurden in den vergangenen Jahren Institutionen mit weit reichenden Kompetenzen geschaffen, insbesondere die Sonderstaatsanwaltschaft zur Korruptionsbekämpfung DNA, die Nationale Integritätsbehörde ANI und der Oberste Magistrat CSM. Derzeit vergeht keine Woche ohne einen neuen Korruptions-skandal. Die Zahl der Ermittlungen, Anklagen und Verurteilungen in Fällen politischer Korruption bei hohen und höchsten Amts- und Mandatsträgern nimmt zu. Unter den seit 2007 angeklagten Personen sind Minister, Parlamentarier, Bürgermeister und Präfekte. Mit Adrian Nastase wurde im Mai 2012 erstmals ein ehemaliger Premierminister verurteilt und ins Gefängnis gesperrt. 2011 erhob die für politische Korruption zuständige Sonderstaatsanwaltschaft DNA Anklage gegen 1091 Personen. Die Informationen, die jeder Beobachter, der sich länger im Land aufhält, in persönlichen Gesprächen oder Presseberichten als »anecdotal evidence« über den Kauf von Stimmen, Wahlkreisen, Mandaten, Posten, Einfluss, Aufträgen, usw. unweigerlich erhält, erwecken den Eindruck, dass selbst mit dieser beachtlichen Zahl an Ermittlungsverfahren nur die Spitze des Eisbergs erfasst wird.

Das sehen wohl auch viele Rumänen so. In einer Umfrage aus dem Jahr 2012 bezeichnen 96 Prozent der Rumänen Korruption als großes Problem und die Mehrheit geht davon aus, dass die Korruption in den vergangenen drei Jahren zugenommen hat (Europäische Kommission 2012b). Parlament und Parteien sind in den Augen der Öffentlichkeit dabei die korruptesten Institutionen im Land. 88 Prozent der Rumänen haben wenig oder kein Vertrauen in ihr Parlament (Transparency International 2011:26).

6. Korruption in postkommunistischen Gesellschaften ist ein vielschichtiges Phänomen von Vorteilsnahmen, Patronage, Klientelismus, privilegierten Zugängen und Bestechungen, und sollte nicht einfach nur mit Schmiergeldzahlungen gleichgesetzt werden. Zu näheren Charakterisierung von Korruption im postkommunistischen Staaten im Allgemeinen und in Rumänien im Besonderen siehe Mungiu-Pippidi (2009).

Rumänische Parteien und das politische Unternehmertum

Dieses geringe Vertrauen in Parteien und die durch sie rekrutierten Mandatsträger ist nicht grundlos. Parteien dienen in Rumänien oft als institutioneller Mechanismus zur Durchsetzung von Partikularinteressen. Durch sie gelingt es mächtigen Einzelakteuren und klientelistischen Netzwerken immer wieder, Entscheidungen in Politik und Verwaltung zu ihren Gunsten zu gestalten. Viele Parteien lassen sich in Rumänien dem Typus der »postkommunistischen Klientelpartei« zuordnen (vgl. Ehrke 2009:8). Ein wesentliches Kennzeichen ist zunächst einmal ihre mangelnde programmatische Substanz. Jede Partei ist darauf bedacht, sich mit denjenigen weltanschaulichen Etiketten zu versehen, die aus den westeuropäischen Parteiensystemen bekannt sind. Das ist auch ein notwendiger erster Schritt zur Integration in die europäischen Parteifamilien, was zugleich Anerkennung und Legitimität verschafft. Programmatische Debatten finden in den Parteien indes kaum statt. Dementsprechend ist die politische Identität vieler Mitglieder diffus. Da die programmatische Substanz der Parteien schwach ist, gibt es auch kaum eine ideologische Bindung der Mitglieder an ihre Partei. Mehr als 120 der 471 Parlamentarier haben im Laufe der aktuellen Legislaturperiode, zwischen 2008 und 2012, ein- oder mehrmals die Partei gewechselt. Besonders viele Wechsel gab es im Frühjahr 2012 als sich abzeichnete, dass der Rückhalt für die konservative PDL-Regierung in der Bevölkerung schwindet. Reihenweise verließen die Abgeordneten das sinkende Schiff und wechselten zur Opposition.

Weltanschauliche Beliebigkeit findet sich jedoch nicht nur bei einzelnen Abgeordneten, sondern gelegentlich auch bei einer Partei als Ganzes. So wurde die Demokratische Partei unter Führung von Traian Basescu und Emil Boc 2005 quasi über Nacht von einer sozialdemokratischen Partei, damals Mitglied der Sozialistischen Internationalen, zu einer konservativen Parteien, heute Mitglied der Europäischen Volkspartei (EVP). Die Mitglieder schienen dies nicht weiter zu stören. Sie folgten ihrer Parteiführung und nickten diesen spontanen Wechsel der Weltanschauung auf einem Parteitag im Juni 2005 einstimmig ab.

An diesen Beispielen wird deutlich, dass der Eintritt in eine Partei nicht unbedingt einer inhaltlichen Überzeu-

gung folgt. Stattdessen kann er mit der Hoffnung auf Karrierevorteile, Zugänge zu Netzwerken, Macht und vor allem auch Geld verbunden sein. Doch diese Vorteile haben offenbar ihren Preis; so wird im Vorfeld der Parlamentswahlen 2012 erneut kolportiert, dass in einzelnen Fällen für die Nominierung in einem Wahlkreis zwischen 5.000 und 40.000 EUR zu bezahlen sei. Hinzu kommen die Kosten für den Wahlkampf, denn die werden nicht von der Partei übernommen, sondern müssen von dem jeweiligen Kandidaten eigenständig aufgetrieben werden. Der Eintritt in die Politik wird so zu einem »Investment«, für das man auch irgendwann die »Rendite« sehen möchte. Der Parteigänger wird zum politischen Unternehmer. »Most of the richest people in Romania have built their fortunes on the basis of political connections or their positions within the leading parties« (Nicolae 2012). Vielleicht erklärt das auch, warum sich politische Akteure in Rumänien oft mit einem regelrechten Hass begegnen. Ein Wettbewerb um die besten politischen Ideen und Argumente kann im gegenseitigen Respekt oberhalb der Gürtellinie ausgetragen werden. Bei der Aussicht, von den Geldtöpfen verdrängt zu werden, seine Immunität zu verlieren und gar am Ende noch vor Gericht zu landen, wird indes zu härteren Mitteln gegriffen. Das Ergebnis sind die wechselseitigen Diffamierungen, Beleidigungen und Possen, mit denen die politische Auseinandersetzung tagtäglich in den Medien geführt wird.

Soziale Krise

Die mangelnde Gemeinwohlorientierung der Politik schlägt sich für viele Rumänen in einem harten sozialen Alltag nieder. Der Nettodurchschnittslohn beträgt in Rumänien 340 EUR im Monat. 31 Prozent der Bevölkerung leidet unter erheblicher materieller Deprivation (EU-Durchschnitt: 8,1 Prozent). Das ist hinter Bulgarien der zweithöchste Wert in der Europäischen Union. Angesichts niedriger Löhne und hoher Lebenshaltungskosten sind immer mehr Rumänen gezwungen, von Ersparnissen zu leben oder sich über Schulden zu finanzieren. Die privaten Schulden haben sich in Rumänien zwischen 2000 und 2012 verfünffacht(!) - ein weltweiter Negativrekord (Global Wealth Report 2012). Zugleich ist, auch wegen der Abwertung des rumänischen Leu, zwischen Mitte 2011 und Mitte 2012 das Haushaltsvermögen in Rumänien um 36 Prozent gesunken. Das ist der

größte Rückgang, der in diesem Zeitraum weltweit in einem Land zu verzeichnen ist (ebd.).

Verschärft wird die angespannte soziale Lage durch den schlechten Zustand der sozialen Sicherungssysteme. Laut der europäischen Statistikbehörde Eurostat gibt kein anderes Land in der Europäischen Union pro Kopf weniger für Gesundheit und Soziale Sicherung aus als Rumänien. Bei einer Einheitssteuer (flat tax) von 16 Prozent auf Einkommen können sich Bezieher hoher Einkommen der Finanzierung des Gemeinwesens weitgehend entziehen. Selbst dieser geringe Steuersatz soll nach den Wahlkampfversprechen linker wie rechter Parteien nach den Wahlen im Dezember 2012 weiter sinken.⁷

Doch schon jetzt ist der öffentliche Sektor unterfinanziert, seine Mitarbeiter unterbezahlt. Korruption als Begleiterscheinung scheint da zwingend: In einer Umfrage von Transparency International (2011) geben 25 Prozent der Befragten an, in den vergangenen zwölf Monaten mindestens einmal Schmiergelder gezahlt zu haben. Warum dies so kommen muss, veranschaulicht die rumänische Korruptionsexpertin Alina Mungiu-Pippidi am Beispiel des Gesundheitswesens: Wer regulär krankenversichert ist und Anspruch auf eine kostenlose Behandlung hat, wird bei Arztbesuchen nicht selten dennoch zu einer informellen Zahlung genötigt. Dies geschieht, da »der Staat so tut, als könnten Ärzte und Pflegepersonal mit ihren geringen Gehältern tatsächlich arbeiten – was aber leider unmöglich ist. (...) Den Fehlbetrag für korrekte Gehälter bezahlt also derjenige, der die entsprechende Dienstleistung in Anspruch nimmt, und zwar in Form von Schmiergeldern zusätzlich zu seinen Krankenversicherungsbeiträgen. Das ist ökonomisch – wenn auch nicht rechtlich – gesehen ja auch der korrekte Preis.« (Mungiu-Pippidi 2012). Durch den Entzug öffentlicher Gelder reproduziert die politische Klientelwirtschaft ihre Logik im Alltag des kleinen Mannes. Dass die soziale Lage, der unterfinanzierte öffentliche Sektor und niedrige Löhne Korruption hervorbringen, liegt auf der Hand. Dass weiteres Sparen die Situation (und Korruption) verschärft, ist auch statistisch hinreichend belegt. Dennoch behaupten Konservative, die rumänische Bevölkerung habe »über ihre Verhältnisse« gelebt, weshalb Austeritätsmaßnahmen alternativlos seien – Geschichten, wie aus einer neoliberalen Fabelwelt.

7. Die konservative Wahlallianz ARD verspricht eine Absenkung der Einheitssteuer auf 12 Prozent, während die sozialliberale USL ein dreistufiges Einkommensteuersystem anstrebt, mit 16 Prozent als Höchstsatz.

3. Ausblick: Land im Übergang

Die dargestellten Transformationsprobleme zeigen, dass das Vorgehen der USL-Regierung im Jahr 2012 keine Abkehr von der bisher in Rumänien geltenden politischen Praxis war. Es kann im Gegenteil als Fortschreibung einer beklagenswerten politischen Realität gelten. Die Ereignisse dieses Jahres sind Ausdruck von Defiziten in der demokratischen Kultur des Landes. Diese Defizite haben sich über Jahre und unter Regierungen jedweder Couleur entwickelt. Sie gründen in dem Mangel an programmatischer Orientierung von Parteien, in klientelistischen Strukturen und der Dominanz von Einzelinteressen gegenüber dem Gemeinwohl.

Auf Grund dieser Transformationsprobleme ist nicht auszuschließen, dass sich die Ereignisse des Jahres 2012 in ähnlicher Weise wiederholen werden. Präsident Basescu hat bereits angekündigt, Victor Ponta nicht zum Premierminister zu ernennen, selbst wenn die USL am 9. Dezember eine parlamentarische Mehrheit bekommt. In diesem Fall würde eine Verfassungskrise drohen, ein weiteres Amtsenthebungsverfahren gegen den Präsidenten wäre dann wahrscheinlich. Die USL wiederum hat eine Verfassungsreform angekündigt. Auf dem Weg

zu einer neuen Verfassung werden sich die politischen Akteure erneut heftige Gefechte liefern.

Ein Verlierer steht bereits fest, nämlich all diejenigen Rumänen, die von ihren gewählten Mandatsträgern eine sach- und gemeinwohlorientierte Politik erwarten. Doch die Zahl derjenigen, die diese Erwartung haben, scheint zu schwinden. Politische Korruption, Machtsicherung und die Verschmelzung öffentlicher und privater Interessen haben Politikverdrossenheit an vielen Stellen in Politikverachtung umschlagen lassen.

Um Korruption und Klientelismus in der Politik wirksam zu bekämpfen bedarf es neben einer schlagkräftigen, unabhängigen Justiz, einer Verbesserung der sozialen Lage sowie politischer Kontroll- und Sanktionsmechanismen in Form von starken sozialen Interessensverbänden, einer aktiven Zivilgesellschaft, einer transparenten, öffentlichen Parteienfinanzierung und investigativ arbeitender Medien. Bis dahin ist es in Rumänien noch ein langer Weg. Und auf diesem Weg drohen auch in Zukunft Stillstände und Rückschritte. So bleibt Rumänien auch im dritten Jahrzehnt nach dem Ende des Kommunismus ein Land im Übergang.

Literaturverzeichnis

- Ehrke, Michael (2005):** Postkommunistischer Kapitalismus: Ökonomie, Politik und Gesellschaft im neuen Europa. In: Internationale Politik und Gesellschaft. IPG 1/2005. 142-163. http://www.fes.de/ipg/IPG1_2005/EHRKE.PDF
- Ehrke, Michael (2009):** Sozialdemokratische Parteien in Zentral- und Südosteuropa. Politische Gesinnungsvereinigungen oder Managementagenturen für die Regierung? Friedrich-Ebert-Stiftung. Internationale Politikanalyse: Berlin. <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/06878.pdf>
- Europäische Kommission (2012a):** Bericht der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat über Rumäniens Fortschritte im Rahmen des Kooperations- und Kontrollverfahrens. Brüssel: 18.7.2012. http://ec.europa.eu/cvm/docs/com_2012_410_de.pdf
- Europäische Kommission (2012b):** Special Eurobarometer 374 – Corruption. Brüssel. http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_374_en.pdf
- Gabanyi, Anneli Ute (2008):** Rumänien: Populismus als Instrument der Machtsicherung. Südosteuropa Mitteilungen 2/2008, 48. Jahrgang, S. 56-67.
- Global Wealth Report (2012). Credit Suisse Research Institute. Oktober 2012:** Zürich. https://infocus.credit-suisse.com/data/_product_documents/_shop/368327/2012_global_wealth_report.pdf
- Moser, Stefanie M. (2012):** Wider die politische Gleichgültigkeit - die Straßenproteste in Rumänien und ihre Auswirkungen auf die Politik. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung. <http://library.fes.de/pdf-files/id-moe/08955.pdf>
- Mungiu-Pippidi, Alina (2009):** Romania: Outsmarting the EU's smart power. In: Emerson, Michael (Hrsg.): Democracy's Plight in the European Neighbourhood. Struggling Transitions and Proliferating Dynasties. CEPS Paperbook Books, Brussels, 2009.
- Mungiu-Pippidi, Alina (2012):** »Wie der Staat wirklich unbestechlich wird«. 5.11.2012. Presseurop: <http://www.presseurop.eu/de/content/article/2993571-wie-der-staat-wirklich-unbestechlich-wird>
- Nicolae, Valeriu (2012):** Romania: Why corruption will last. Eurozine. 24.08.2012. <http://www.eurozine.com/articles/2012-08-24-nicolae-en.html>
- Stoiciu, Victoria (2012):** Austerity and structural reforms in Romania: severe measures, questionable economic results and negative social consequences. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung: <http://library.fes.de/pdf-files/id-moe/09310.pdf>
- Transparency International (2011):** National Integrity System Assessment Romania. Transparency International Romania.



Über den Autor

Matthias Jobelius ist Landesvertreter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Rumänien und der Republik Moldau

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
Internationaler Dialog | Referat Mittel- und Osteuropa
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Reinhard Krumm, Leiter des Referats Mittel- und Osteuropa

Tel.: ++49-30-26935-7726 | Fax: ++49-30-26935-9250
<http://www.fes.de/international/moe>

Bestellungen:
info.moe@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN 978-3-86498-384-9